



# Flüchtlingsrat Berlin

Menschenrechte kennen  
keine Grenzen

# Newsletter Januar 2025

Liebe Interessierte,

wir beginnen diesen Newsletter mit den eindrücklichen Bildern des letzten Wochenendes im Kopf. Anlässlich des Bundesparteitags der AFD in Riesa sammelten sich 15.000 Gegner\*innen der AFD, um friedlich zivilen Ungehorsam zu leisten und den AFD - Parteitag zu blockieren. Dieser fand dann 2 Stunden verspätet doch statt und mit einer verbalen Wucht und Heftigkeit, die uns zeigt, warum die AFD eine Gefahr für unsere gesamte Gesellschaft darstellt. Vormals Unsagbares wurde sagbar gemacht: Das Unwort des Jahres 2023 wurde dort unter großem Jubel ins Wahlprogramm aufgenommen. Das zeigt uns umso mehr, wie wichtig der Protest in Riesa war und wie wichtig ziviler Ungehorsam auch in Zukunft sein wird.

Eine, die ihr Leben lang für eine bessere Version unserer Gesellschaft eingestanden ist, war Traudl Vorbrodt. Am 06. Dezember 2024 mussten wir von ihr Abschied nehmen. Sie wird uns fehlen – als Aktivistin, Kollegin und Freundin. Traudl war eine unermüdliche Kämpferin gegen Rassismus und Diskriminierung. Ihr Leben widmete sie dem Einsatz für Menschenrechte und einem solidarischen Miteinander. Ihr jahrzehntelanges Engagement in der Härtefallkommission Berlin verhalf zahlreichen Menschen zu einem Bleiberecht. Als Mitbegründerin des Flüchtlingsrates Berlin und Mitglied von Asyl in der Kirche setzte sie sich für die Rechte geflüchteter Menschen ein und blieb dieser Arbeit bis zu ihrem letzten Tag verbunden.

In Verbundenheit und mit solidarischen Grüßen  
Euer Team vom Flüchtlingsrat Berlin e.V.



## Auszüge aus unserer Arbeit

### "Berliner Weg" für Drittstaatsangehörige aus der Ukraine

Bezüglich der aufenthaltsrechtlichen Lage von Drittstaatsangehörigen aus der Ukraine hat sich Berlin schon länger auf den so genannten "Berliner Weg" verständigt, welcher

grundsätzlich weiterhin von einem breiten öffentlichen Interesse am Verbleib der geflüchteten Menschen ohne ukrainische Staatsangehörigkeit in Deutschland ausgeht. Hierzu wurde ein Zweischrittverfahren entworfen: alle Menschen, deren Anträge auf Aufenthaltserlaubnisse noch nicht endgültig abgelehnt sind, können und sollen die Aufenthaltserlaubnis nach §19c Abs 3 beantragen - hierbei wird dann vor allem straffreiheit, hinreichende Deutschkenntnisse und Lebensunterhaltssicherung abgeprüft, allerdings mit positiver Ermessensauslegung. (vgl VAB Berlin S. 214 f)

Bei Menschen, die schon alle Aufenthaltstitel abgelehnt bekommen haben, soll eine dreimonatige Frist gewährt werden, um sich bei einem der 7 Härtefallberatungsstellen vorzustellen und so bei begründetem Antrag ggf einen Aufenthalt über die Härtefallkommission Berlin zu bekommen.

Zu diesem Verfahren, seines Erfolgs und Zukunftsperspektiven werden wir innerhalb unseres nächsten Plenums am 22.01.2025 von 17.00 - 19.00 Uhr mit Rechtsanwältin Sophie Baumann im Gespräch sein. Eine Plenumseinladung mit Zoom- Link folgt gesondert.

### **Appell gegen Leistungskürzungen nach dem so genannten Sicherheitspaket**

Laut Aussage des Staatssekretärs Aziz Bozkurt hat Berlin noch nicht abschließend entschieden wie und ob die Kürzungen nach §1 Abs 4 Asylbewerberleistungsgesetz eingeführt werden sollen. Bereits Ende November 2024 hatten wir uns diesbezüglich an ihn gewandt und stehen seither mit ihm im Austausch, auch weil es einen erfreulichen Erlass aus Rheinland-Pfalz gibt, der die Leistungskürzungen untersagt und auch mittlerweile drei Gerichtsurteile (SG Landshut S 11 AY 19\_24 ER; SG Nürnberg S 17 AY 68\_24 ER; SG Osnabrück) , die immer positiv im Sinne der Kläger\*innen entschieden haben (siehe auch unten). [Hier](#) findet ihr unseren Appell.

### **Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz bezüglich Leistungskürzungen nach §1a AsylbLG**

Auf Grund von drastisch zugenommenen und schlecht geprüften Kürzungsbescheiden des LAF und der Bezirksamter haben wir eine Anfrage an die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration und Antidiskriminierung gestellt. Wir fragen hier konkret nach den Tatbeständen, die dazu führen, dass das LAF reihenweise widerrechtlich Leistungen nach §1a AsylbLG kürzt und warum sie diese Praxis nicht entsprechend von Gerichtsentscheidungen einstellen. Bisher haben wir noch keine vollständige Antwort erhalten, werden Euch aber auf dem Laufenden halten!

Beachtet hier auch gern unsere Fortbildung mit RA Volker Gerloff zu der neuen Gebührenordnung des LAF ab 01.01.2025 in landeseigenen Unterkünften (Infos unten bei Veranstaltungen).

### **Gemeinsames Statement zur Freilassung der Deutsch-Iranerin Nahid Taghavi**

Nahid Taghavi ist frei – doch der Kampf für Gerechtigkeit geht weiter! Nach 1.500 Tagen Haft in der Islamischen Republik Iran ist die Deutsch-Iranerin Nahid Taghavi endlich frei. Ihre Rückkehr nach Deutschland ist ein Moment der Freude – aber auch ein eindringlicher Weckruf für uns alle. Taghavi ist allein deshalb inhaftiert worden, weil sie sich friedlich für Meinungsfreiheit eingesetzt hat. Ihre Haft steht exemplarisch für die systematische Unterdrückung von Aktivist\*innen und Andersdenkenden im Iran und das menschenverachtende Vorgehen des Folterstaates gegen politische Gefangene. Zum gemeinsamen Statement mit dem Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Iran-Berlin e.V. und dem Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V. geht es [hier](#).

### **Berliner Härtefallkommission wird 20 Jahre alt**

Als Teil der Berliner Härtefallkommission haben wir diese Woche ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert. Seit ihrer offiziellen Gründung setzt sich die Kommission auf gesetzlicher Grundlage dafür ein, Menschen in prekärer aufenthaltsrechtlicher Situation zu einem dauerhaften Bleiberecht zu verhelfen. Seitdem wurden über 2500 Eingaben positiv beschieden. Hinter den Zahlen stehen persönliche Geschichten, die von Hoffnung, Engagement und Mut erzählen: Viele Betroffene waren bereits fest in Berlin verwurzelt, als ihnen der Verlust des Bleiberechts drohte. Durch die Einrichtung des Gremiums als erstes seiner Art in Deutschland 2005 wurde ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht ermöglicht.

### **Flyer: Persönliche Rechte in der Unterbringung**

Wer darf meine Briefe öffnen? Darf ich Besuch empfangen? Wie lange darf ich weg sein? Was kann ich gegen Rassismus und Diskriminierung tun?

Wir haben im Rahmen unseres AMIF-Projektes einen Info-Flyer über die Rechte von Bewohnenden in einer Unterbringung für Geflüchtete veröffentlicht. Den Flyer gibt es zum Download kostenlos auf unserer [Website](#).

### **Appell an das Auswärtige Amt für Aufnahmen schutzbedürftiger Afghan\*innen**

Seit Anfang des Jahres ist das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan, mit dem bis zu 36.000 besonders schutzbedürftige Afghan\*innen nach der Machtübernahme der Taliban nach Deutschland evakuiert werden sollten, Geschichte. Durch das extrem aufwändige und hochbürokratische Aufnahmesystem, welches für das Programm extra geschaffen wurde, konnten nur [1093](#) Menschen bisher einreisen. Mehr als 3.000 Afghan\*innen warten derzeit weiter mit Aufnahmezusagen in Pakistan darauf, nach Deutschland zu kommen. Doch weil die Regierung so lange für die Visa-Bearbeitung braucht, hat Pakistan nun damit begonnen, sie abzuschieben. Zusammen mit anderen Organisationen haben wir einen [Appell](#) an das Auswärtige Amt gerichtet.

### **Wir verlassen X**

Neues Jahr – neue Vorsätze: X war schon lange schwierig. Jetzt umso mehr, da Elon Musk mittlerweile offensiv für #noAfD Wahlwerbung macht – wir gehen!

## **Presseerwähnungen (Auszug)**

Drohende Abschiebung in den Iran [nd](#)

Vom BER zurückgewiesen - Dissident droht Abschiebung in den Iran [Berliner Zeitung](#)

"Er ist seit einem Monat in Isolationshaft" [junge Welt](#)

Von der Türkei nach Berlin: Gefoltert, geflüchtet, gestorben [nd](#)

»Ohne Bargeld sind Flüchtlinge im Nachteil« [jungle.world](#)

## **Neuigkeiten aus dem Bereich**

### **Neuregelung Terminvergabe LEA Berlin**

Laut Vermerk auf der Homepage des LEA ist die Terminbuchung online nun gar nicht mehr möglich. Es ist auch nicht beabsichtigt, diese wieder möglich zu machen, was weiterhin eine äußerst prekäre Erreichbarkeit der maßgeblichen Behörde für geflüchtete Menschen in Berlin darstellt. Nur noch aufgelistete "Sonderfälle" können Termine beantragen, eine schnellere Rückmeldung in Notfällen sei vorgesehen. Mehr Infos [hier](#).

## Schattenbericht: Die "sicheren" Herkunftsstaaten des Westbalkans

Können die sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ in der Westbalkan-Region als Länder angesehen werden, in denen Verfolgung grundsätzlich ausgeschlossen ist? Die von Pro Asyl veröffentlichte [Analyse](#) von Seán McGinley zeigt klar, dass dies nicht der Fall ist. In Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien bestehen erhebliche menschenrechtliche und strukturelle Defizite, die in der Praxis zu Verfolgung von Menschen führen können. Der Bericht verdeutlicht, dass die Einstufung dieser Staaten als „sicher“ durch die Bundesregierung auf Bewertungen beruht, die in vielen Punkten weder fundiert noch realitätsnah sind.

## Appell: Stoppt die Hinrichtung von Pakhshan Azizi!

Das Komitee zur Unterstützung politischer Gefangener im Iran Berlin e.V. hat einen [Appell](#) für Pakhshan Azizi, Sozialarbeiterin und Frauenrechtsaktivistin aus dem Iran, veröffentlicht. Azizi wurde vom Obersten Gerichtshof Irans zum Tode verurteilt – basierend auf gefälschten Beweisen und unter Folter erzwungenen Geständnissen. Ihre Hinrichtung wäre ein schockierender Angriff auf die Menschenrechte und ein weiterer Versuch, Frauen und Minderheiten im Iran einzuschüchtern. Unterzeichnet und verbreitet den [Appell](#) weiter, damit möglichst viele Menschen mobilisiert werden und internationaler Druck entsteht, um Pakhshans Leben zu retten!

## Weiterhin keine offiziellen Informationen über den Winterabschiebestopp in Berlin

Laut Medienberichten hat sich die Berliner Koalition mit Hängen und Würgen auf eine "Repriorisierung der Abschiebungen" geeinigt. Im Zeitraum vom 01.01.2025 - 28.02.2025 sollen unserer Information nach ausschließlich Menschen im Dublin-Verfahren sowie Menschen mit Verurteilungen über 60 Tagessätzen abgeschoben werden. Familientrennungen sollen - angeblich - nicht stattfinden.

Leider finden sich hierzu keine Hinweise in den VABs des LEA und auch sonst keine verbindlichen Aussagen hierzu.

## Eine Katastrophe mit Ansage: Pakistan schiebt geflüchtete Afghan\*innen mit Aufnahmezusage ab

Afghanische Flüchtlinge werden trotz deutscher Aufnahmezusagen aus Pakistan abgeschoben – wegen abgelaufener Visa. Pakistanische Behörden haben GIZ-Gästehäuser durchsucht und mehrere Menschen nach Afghanistan deportiert. Die deutsche Bürokratie zerstört somit Leben. [Tagesschau](#) und [taz \(mehrfach\)](#) berichteten.

## Erlass gegen Leistungskürzungen nach dem Unsicherheitspaket aus Rheinland-Pfalz

Das Flüchtlingsministerium Rheinland-Pfalz hat einen [Erlass](#) zur Anwendung des Leistungsausschlusses in Dublin-Fällen nach § 1 Abs. 4 AsylbLG veröffentlicht. Darin stellt das Ministerium fest, dass der Leistungsausschluss nicht nur verfassungswidrig, sondern auch EU-rechtswidrig ist, weil er der noch bis zum 11. Juni 2026 geltenden EU-Aufnahmerichtlinie widerspricht. Daher schreibt das Ministerium vor, dass für alle Personen Überbrückungs- bzw. Härtefallleistungen immer bis zur tatsächlichen Ausreise zu gewähren sind.

## Weniger Schutzsuchende kommen nach Berlin

In Berlin sind 2024 deutlich weniger Geflüchtete angekommen als 2023. Das teilte das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheit (LAF) mit. Demnach wurden im vergangenen Jahr 21.342 geflüchtete Menschen aufgenommen und versorgt. Das waren 35 Prozent weniger als 2023, damals waren 32.752 Flüchtlinge registriert worden. Das [Migazin](#) berichtet.

## Fachinfo des Paritätischen: „Sicherheitspaket“ und AsylbLG-Kürzungen

Mit Veröffentlichungen im Bundesgesetzblatt sind sowohl die migrations- und sozialrechtlichen Änderungen des sogenannten „Sicherheitspakets“ wie auch ab 2025 geltende Kürzungen der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft getreten. Der Paritätische Gesamtverband kritisiert beide Regelungen in aller Deutlichkeit. [Hier](#) geht es zur Fachinformation.

## Deutsches Institut für Menschenrechte: Wegweiser zur Geburtsurkunde ohne Papier

Die UN-Kinderrechtskonvention sieht vor, dass jedes Kind das Recht hat, nach der Geburt registriert zu werden. Dennoch ist es für Kinder geflüchteter Eltern oft schwierig, eine Geburtsurkunde für ihr in Deutschland geborenes Kind zu bekommen. Ein vom Deutschen Institut für Menschenrechte erstellter Wegweiser informiert unter dem Titel „Geburtsurkunde ohne Papiere“ mehrsprachig über die nötigen Schritte. Mehr Infos [hier](#).

## Neues digitales psychosoziales Beratungsangebot für Menschen mit Fluchtgeschichte

Medical Volunteers International hat mit [WeCare](#) ist ein digitales psychosoziales Beratungsangebot für Menschen mit Fluchtgeschichte in Deutschland aufgebaut. Damit soll ein kostenloser, niedrigschwelliger Zugang zu psychosozialer Beratung unabhängig vom Standort und den Deutschkenntnissen der jeweiligen Ratsuchenden ermöglicht werden. Aus diesem Grund findet die Beratung **online** in Anwesenheit einer Sprachmittlung statt.

## Veranstaltungen und Termine

### 22.01.2025 Plenum

17.00 - 19.00 Uhr mit Rechtsanwältin Sophie Baumann zum Thema perspektivische Schutzgewährung von Menschen mit einem Aufenthalt nach §24 AufenthaltG (Flüchtlinge aus der Ukraine). Eine Plenumseinladung mit Zoom-Link folgt gesondert.

### 07.02.25 Filmabend

Das Recht Rechte zu haben. Flüchtlingsrat Berlin in Kooperation mit [Wings and Roots](#), [Romaniphen](#) und [Demokratie in Mitte](#) in der [Fabrik Osloerstr.](#) Infos folgen.

### 22.02.2025 Großdemo

Von [Hand in Hand](#) in Berlin anlässlich der Bundestagswahl unter dem "Motto Mutig. Menschlich. Miteinander."

### 23.02.2025 Bundestagswahl

Wählen gehen!

## 26.02.2025 Onlineveranstaltung

10:00 - 12:00 Uhr: Dublin-Verfahren zwischen Deutschland und anderen EU-Ländern: Fokus Dänemark. Veranstaltung des Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein mit dem Danish Refugee Council. Zur Anmeldungen geht es [hier](#), mehr Infos gibt es [hier](#).

## 19.05.2025 Afghanistankonferenz

09:00 - 17:00 Uhr. Kooperationsveranstaltung der Flüchtlingsräte Berlin und Schleswig-Holstein mit dem Afghanischen Stammtisch Schleswig-Holstein, der Evangelischen Akademie, Pro Asyl, Kabul Luftbrücke, VAFO, International Rescue Committee, AWO Berlin-Mitte und dem Patenschaftsnetzwerk Ortskräfte in der Friedenskirche in Berlin. Infos folgen in Kürze.

## Fortbildungen

### Bayerischer Flüchtlingsrat: Veranstaltungsreihe zu Flucht und Migration

21.01. - 24.03.2025 Online

Bei der Veranstaltungsreihe „Toolbox Asyl und Aufenthalt“ beschäftigt sich der Bayerische Flüchtlingsrat mit alltäglichen Fragen und Fallstricken aus der Beratung und Unterstützung von Geflüchteten. Expert\*innen aus den jeweiligen Bereichen werden die rechtliche und praktische Situation beleuchten und sich Zeit nehmen, unsere Fragen zu beantworten. Für mehr Infos und zur Anmeldung geht es [hier](#).

### Fortbildung zur neuen Gebührenordnung mit Rechtsanwalt Volker Gerloff

29.01.2025, 17:00 -20:00 Uhr, Hause der Menschenrechte und Demokratie

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) hat die neue Unterbringungsgebührenordnung bekannt gemacht. Darin sind drastische Änderung bei der Abrechnung sowie signifikante Erhöhungen der Gebühren enthalten. Relevant ist aber vor allem: Die Kostenübernahme muss ab sofort (01.01.2025) von den untergebrachten Menschen selbst organisiert werden. Zu erwarten sind daher in der Folge fehlende Kostenübernahmen und die Gefahr der Verschuldung aufgrund von Unwissen. Mehr Infos zur Veranstaltung des Flüchtlingsrats Berlin gibt es [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Quarteera: [Psychosoziale Berater\\*in](#)

Neue Deutsche Organisationen: [Projektleiter\\*in](#), [Referent\\*in](#)

Spenden an den Flüchtlingsrat Berlin e.V.



## **Flüchtlingsrat Berlin e.V.**

Greifswalder Str. 4, 10405, Berlin

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.

Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Abbestellen](#)